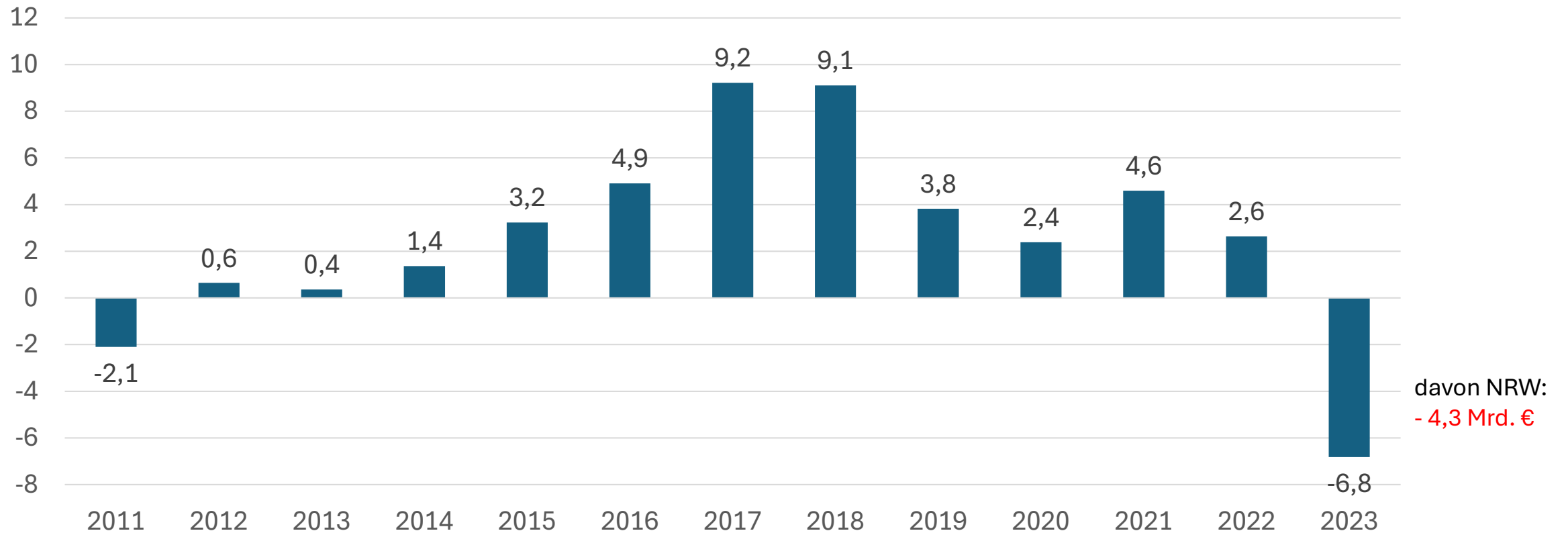


Haushaltsplanentwurf und Konsolidierungen der Bundesstadt Bonn



19. Dezember 2024

Kommunaler Finanzierungssaldo negativ



Finanzierungssaldo Kern- und Extrahaushalte in Mrd. Euro

Gemeinden und Gemeindeverbände

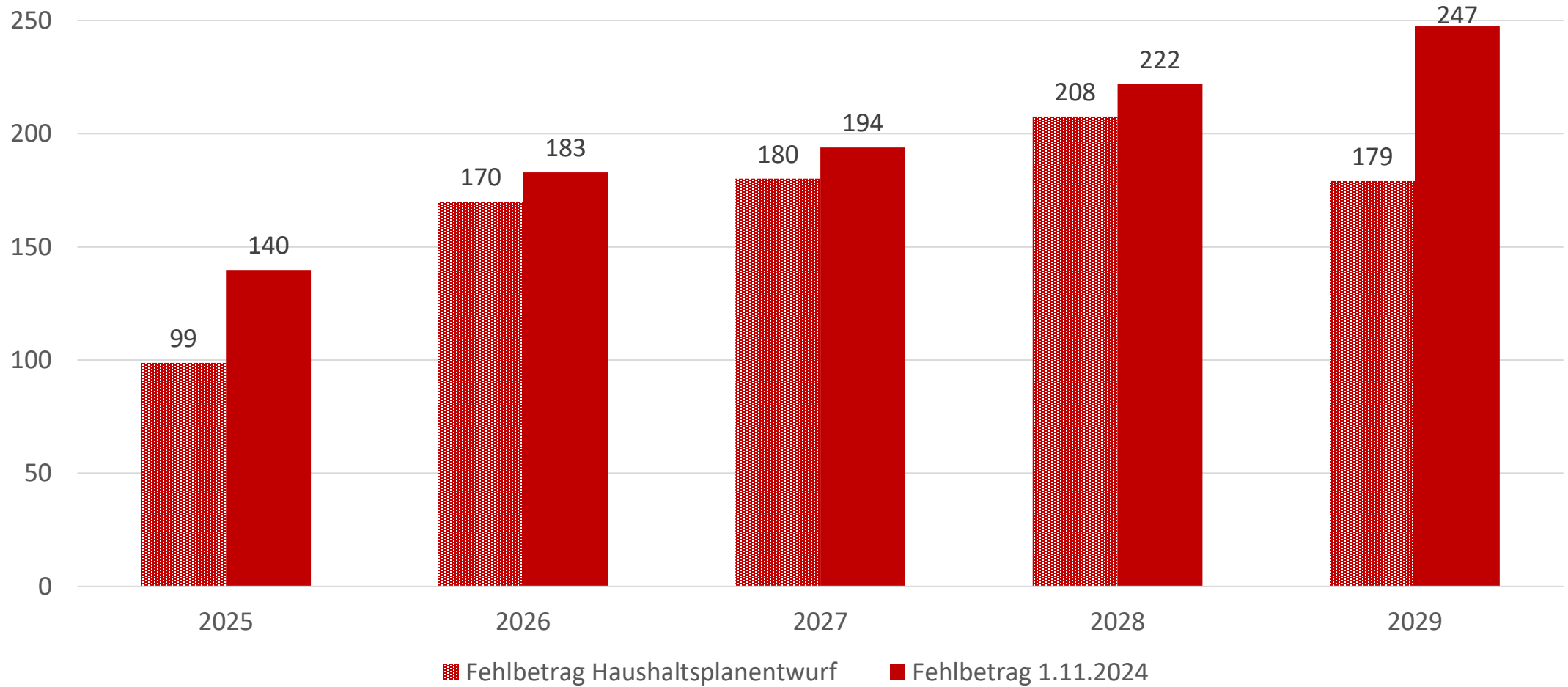
Quelle: Statistisches Bundesamt

Lage bei Einbringung

- Neue Gesetzeslage 3. NKFWG:
 - Streichung der Isolierungen, stattdessen Verlustvorträge.
 - Ausdrückliche Ausrichtung sollte verhindern, dass Kommunen massenweise in dieser Lage in pflichtige Haushaltssicherung fallen.
 - Lange unklare Umsetzungsregeln
- Konsolidierungsprojekt
 - Bereits 2023 initiiert
 - Strukturiertes, aufgabenkritisches Vorgehen
 - Zum Stand der Einbringung: Mittelfristig 26 Mio.€ p.a. konsolidiert
 - Änderung Verfahren zur Einrichtung neuer Stellen: unterjährige Entscheidungen anstelle gebündelte Stellenplanfortschreibung

Ausgangslage Anfang November

Fehlbeträge in Mio. €



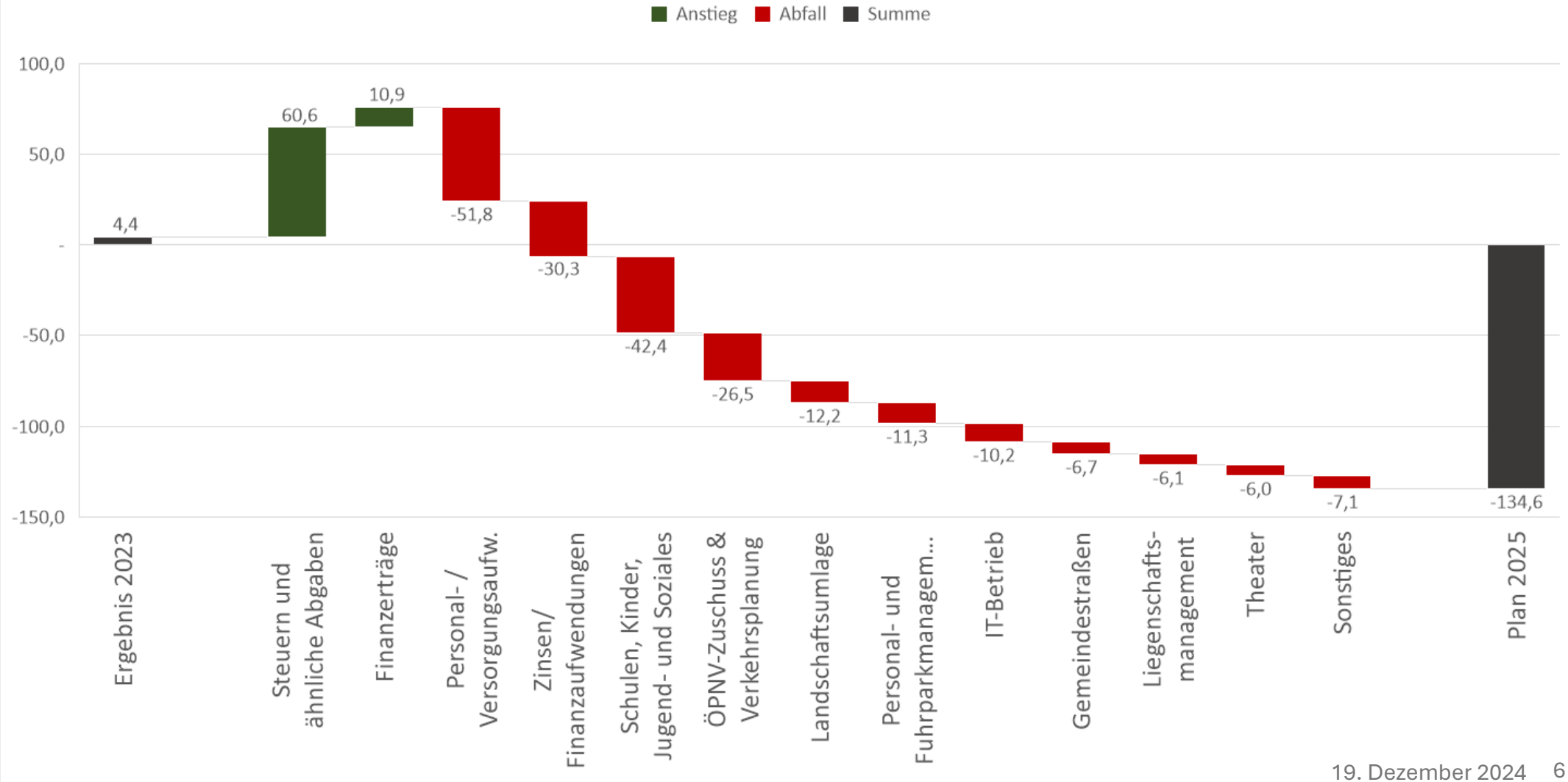
Vorbehalte der Bezirksregierung zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes

Schreiben der Bezirksregierung vom 02.10. und Gespräch am 29.10.2024:

- Stetige Erfüllung der Aufgaben erscheint nicht gesichert
 - Dramatische Verschlechterung der Verschuldung und Eigenkapitalausstattung
 - Kritische Steigerung der Personal- und Versorgungsaufwendungen
 - Nötige Maßnahmen:
 1. Notwendige Konsolidierung in allen Aufgaben- und Themenfeldern
 2. Überprüfung Stellenplansituation
 3. Verbesserung der Ertragslage
- Trendwende: Erkennbare Perspektive, wie der gesetzlich gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW geforderte Haushaltsausgleich zukünftig erreicht werden soll.

Analyse Haushaltsplanentwurf

Veränderung 2023 zu 2025 in Mio.€
ohne Isolierungen und globaler Minderaufwand



Überprüfung des Haushaltsplanentwurfs

1. Verwaltungsweite aufgabenkritische Analyse der Planansätze in den Dezernaten
2. Personalkosten
3. Ertragsanpassungen
4. Aktualisierung von Planungsgrundlagen (Zinsen/Inflation/Steuerschätzung Herbst 2024)

Überprüfung des Haushaltsplanentwurfs

Summe der Veränderungen in Mio. Euro gegenüber 1.11.2024

	2025	2026	2027	2028	2029
Aufwand	- 9,0	- 14,4	- 14,9	- 39,2	- 47,5
Personal	- 8,2	- 8,2	- 12,5	- 16,8	- 21,2
Erträge	- 18,4	- 35,7	- 31,0	- 36,7	- 47,1
Zins	- 6,9	- 7,1	- 12,1	- 14,1	- 18,2
Inflation	-	-	- 6,8	- 12,3	- 17,3
Gesamt	- 42,5	- 65,4	- 77,3	- 119,1	- 151,4

Das gesamt Veränderungsvolumen beträgt von 2025 bis 2029 über 450 Mio. EUR!

Konsolidierung in allen Aufgaben- und Themenfeldern

Summe der Veränderungen in Mio. Euro gegenüber 1.11.2024

	2025	2026	2027	2028	2029
Theater	-	-	-	2,1	5,0
OGS-Landesfinanzierung	-	1,6	3,8	3,8	3,8
SGB, WCCB, VeBoWAG	2,4	5,9	5,8	4,0	2,5
Pauschale Reduzierung HzE und Soziales	1,2	1,3	1,1	1,1	1,2
Kinder- und Jugendförderplan	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Klima	1,6	2,5	2,9	3,7	8,7
Neuaufstellung Nahverkehrsplan	-	-	-	20,0	20,0
Verkehr sonst.	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstiges	2,9	2,2	0,3	3,5	5,5
Gesamt	9,0	14,4	14,9	39,2	47,5

Keine Anhebung der Realsteuerhebesätze

Steueranpassungen in Mio. €

	2025	2026	2027	2028	2029
Erhöhung Beherbergungssteuer von 6 % auf 7,5 %	-	1,5	1,5	1,5	1,5
Erhöhung Zweitwohnungssteuer	-	0,2	0,2	0,2	0,2

Dezernat der Oberbürgermeisterin

- Beiträge aller Fachämter in Einzelpositionen
- Reduktion in der Kommunikation zum Klimaplan
- Bei den Mitwirkungsformaten im Klimaplan, u.a. in den Klimavierteln und den geplanten Zukunftsforen, werden Projektmittel reduziert
- Höhere Einnahmen aus Stadtrundfahrten/ -führungen
- SGB:
 - Wirtschaftsplan des SGB mit zukunftsorientierter Ausrichtung
→ Sukzessiver Abbau des Instandhaltungsstau durch mehr investive Maßnahmen
 - Ressourcengerechte Umsetzung von Hochbaumaßnahmen („Prioritätenliste“)
 - Strukturelle Neuausrichtung des SGB: Nutzerorientierte Aufstellung, mehr Kundenbezug und klare Verantwortlichkeiten, optimierte, verschlankte Prozesse

Dezernat für Allgemeine Verwaltung, Digitalisierung und Ordnung

	2025	2026	2027	2028	2029
Einsparung Vakanzen gem. Liste vom 6.11. (einmalig 60 Stellen 25/26)	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
Einsparung Stellenaufwuchs 1% gem. Verfügung Dez. II*	4,0	4,0	4,12	4,24	4,37
Strukturierte Konsolidierung (60 Stellen p.a.)			4,2	8,4	12,6
Konsolidierungspotential p.a.	8,2	8,2	12,52	16,84	21,17

Einsparvolumen Gesamt 25-29 = 66,93 Mio.

Reduzierung Stellenbestand bis 2029 im Umfang von ca. 300 VZÄ

*der Stellenaufwuchs um 1% wurde einmalig im HJ 2025 eingeplant und fortgeschrieben (**nicht** jährlich um 1% aufsummiert). Allerdings wurde die 3%-Tarifanpassung ab 2027 berücksichtigt

Dezernat für Planung, Umwelt und Verkehr

- **Verkehrsplanung**
 - Einrichtung Mobilstationen – statt 25 ca. 10 neue pro Jahr
 - Lastenräder – Verzicht auf Erhöhung des bisherigen Angebots
 - Budgetierung des Zuschussaufwuchses für die SWBV ab 2028 – Festhalten an Ausbauplänen
- **Stadtplanung**
 - Planungskosten – Reduzierung der Ausgaben für Gutachten u. Konzepte
- **Straßenbau**
 - Bornheimer Str. (2.BA) – Verschiebung der Maßnahme
 - Straßensanierung – Umstellung des Sanierungsprogramms
 - Radverkehrsanlagen – Anpassung des Ausbautempos
 - Brücken – Streckung der Planungsleistungen
- **Umweltschutz u. Klimaanpassungsmaßnahmen**
 - Erneuerbare Energie - PV-Förderung – läuft schrittweise bis Ende 2027 aus, aber
 - Altbausanierung – Förderung – bei langsam abschmelzenden Beträgen bis Ende 2028
 - Bereich Umweltvorsorge, -planung und Klimaanpassung – Erstellung von Vorsorgekonzepten mit kleinerem Budget
- **Erträge**
 - Parkraumbewirtschaftung – steigende Einnahmen mit sukzessiver Umsetzung aller Konzepte
 - Landesmittel bei Erneuerung Straßenbeleuchtung (KAG) – damit Reduzierung der Kosten für die Stadt

Dezernat für Sport und Kultur

KULTUR

- Kunstmuseum: Einmalige Aussetzung Bonner Kunstpreis und August Macke Medaille 2026
- VHS: Umstellung Programmheft auf Magazinformat ab 2025
- Strategische Konsolidierung Theater Bonn ab 2028

SPORT

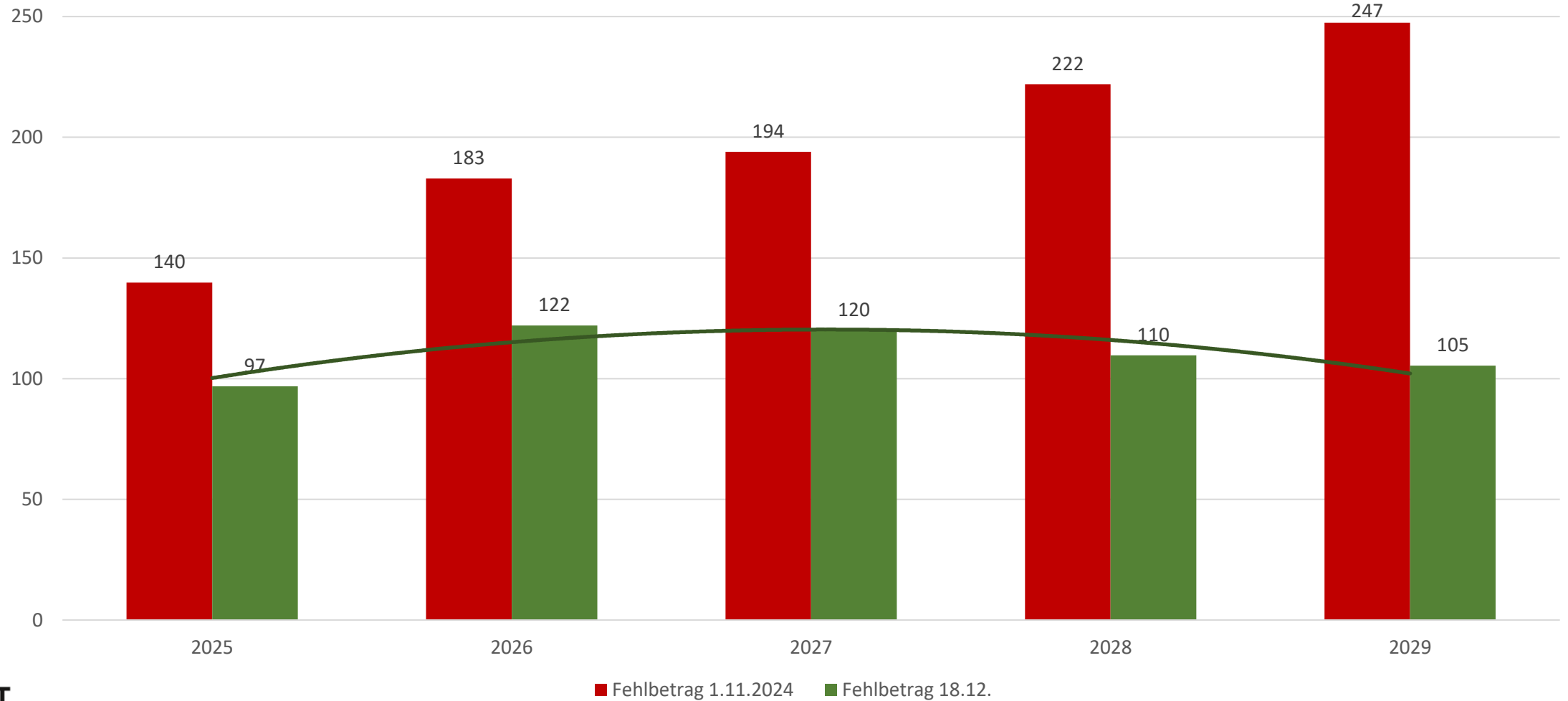
- Reduzierung Veranstaltungsetat
- Verzicht auf zusätzliche Standards bei neuen Kunstrasenbelägen
- Bewirtschaftung der Parkplätze an Bädern und Sportanlagen
- Effizientere Instandsetzung des Rasensportplatzes Rheinaue

Dezernat für Schule, Soziales und Jugend

- Keine weitere Finanzierung der (tarifbedingten) Mehrbedarfe im OGS-Bereich über das Schuljahr 2025/2026 hinaus
- Auslaufen des Modellprojektes „Schulfrühstück“ zum Ende des Schuljahres (Grundschulen mit Sozialindex 6 – 9 haben dann grundsätzlich die Möglichkeit, am Stiftungs-Programm „Brotzeit“ teilzunehmen)
- Einzelfallprüfung freiwilliger Maßnahmen insb. mit Blick auf Förderstruktur, Aufrechterhaltung der Angebote, Schaffung von Synergien etc.
Wichtig: Die Kürzung erfolgt nicht über alle Maßnahmen und Leistungen hinweg.
- Reduzierung der Fördermittel aus dem Kinder- und Jugendförderplan

Trendwende eingeleitet

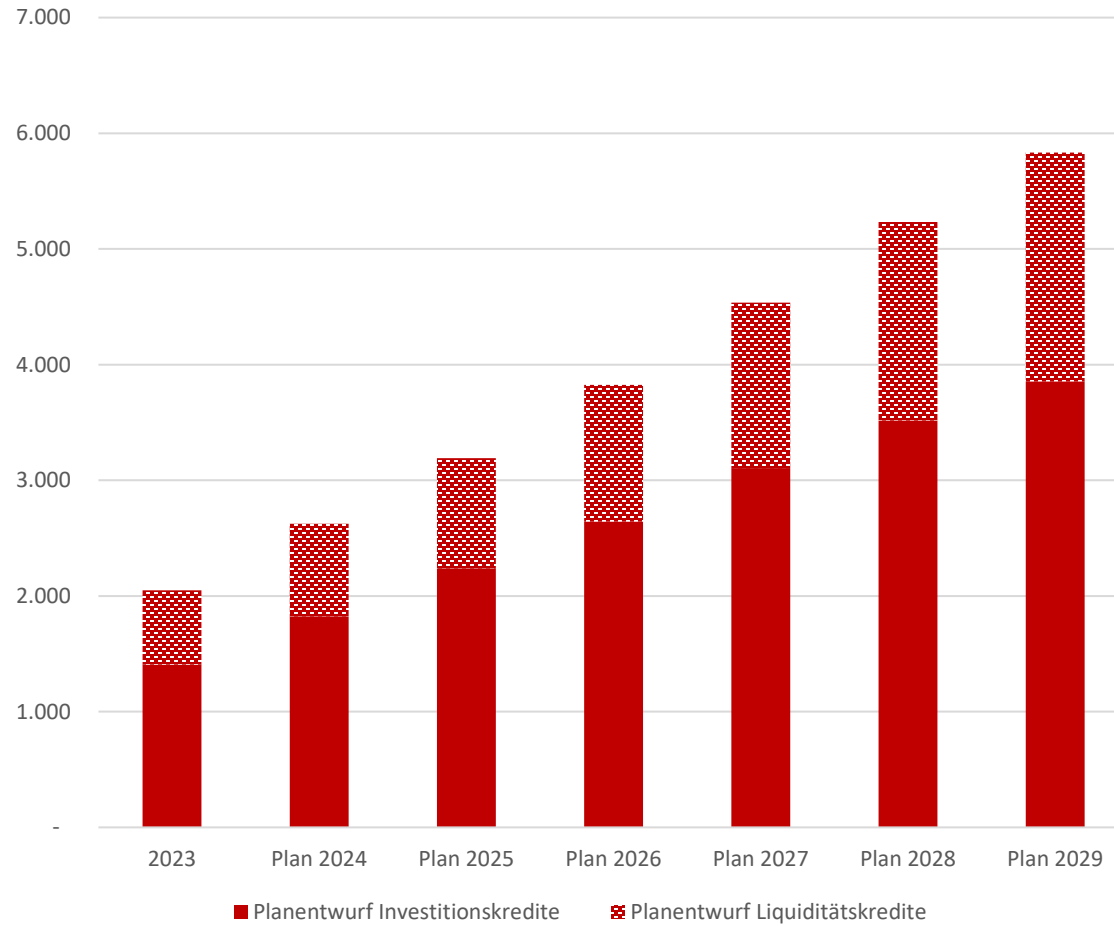
Fehlbeträge in Mio. €



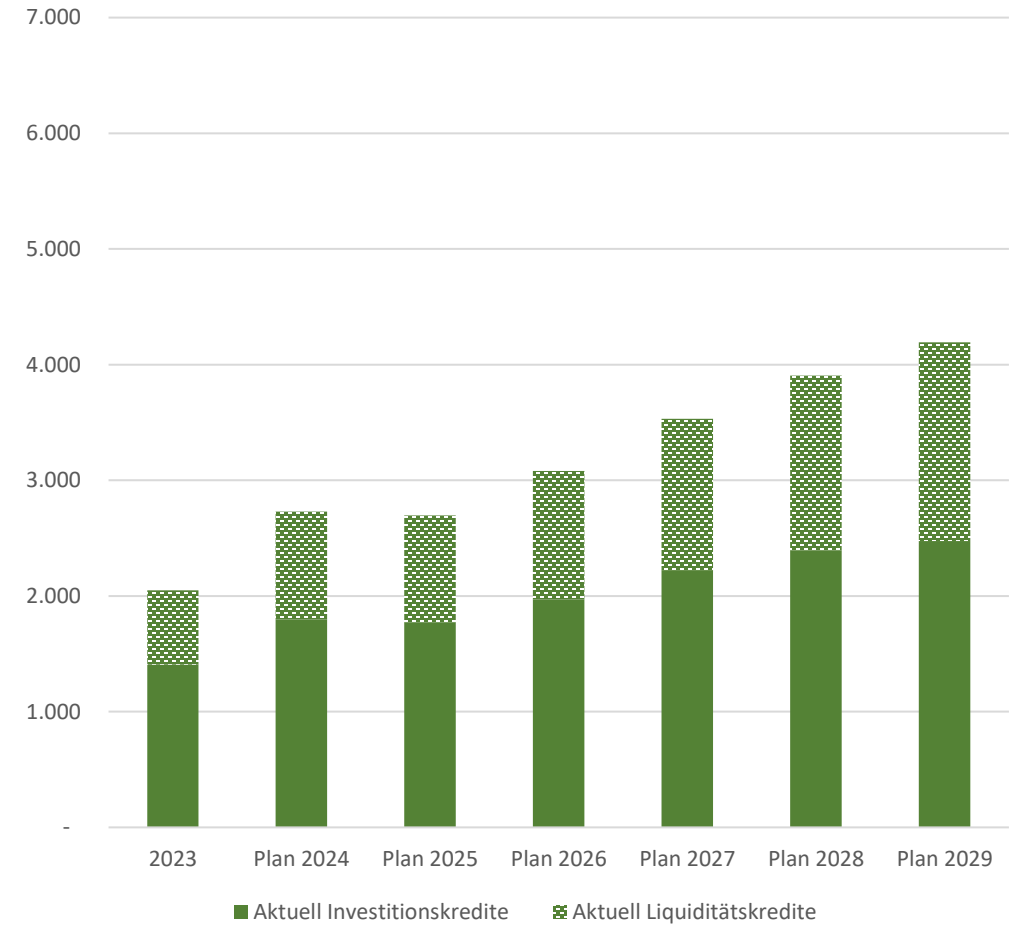
Entwicklung der Verschuldung

In Mio. €

Einbringungsversion



Aktuelle Planung



Verlustvortragssumme Indikator für Genehmigungsfähigkeit

	2025	2026	2027	2028	2029
Allgemeine Rücklage	1.006	956	908	863	820
Verlustvortragskonto		55	128	192	242

in Mio. €

„[...] Wird in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung (MFP) ein Verlustvortrag veranschlagt, so kann die Aufsichtsbehörde gemäß § 84 Abs. 2 S. 3 GO NRW die Gemeinde zur Aufstellung eines HSK verpflichten, wenn die stetige Erfüllung der Aufgaben nach § 75 Abs. 1 S. 1 GO NRW nicht gesichert erscheint. Der Gesetzgeber hat in diesem Zusammenhang – anders als in § 76 Abs. 1 GO NRW – bewusst auf die Festlegung fester Wertgrenzen verzichtet. Damit liegt die Entscheidung im pflichtgemäßen Ermessen der zuständigen Aufsichtsbehörde. Diese hat im Einzelfall im Rahmen einer Gesamtbetrachtung der örtlichen Haushaltsplanung darüber zu befinden, ob das gesetzliche Gebot der stetigen Aufgabenerfüllung durch die Vornahme von Verlustvorträgen eingeschränkt ist. **Ein möglicher Indikator für die aufsichtliche Bewertung kann auch eine durch Veranschlagung von Verlustvorträgen indizierte Überschuldung sein, wenn also für die Aufsichtsbehörde im Rahmen der Haushaltsplanung ersichtlich ist, dass die (kumulierte) Höhe der in der MFP eingeplanten Verlustvorträge den Bestand der allgemeinen Rücklage übersteigt.** Dabei sind jedoch stets die örtlichen Rahmenbedingungen einzubeziehen. Eine allgemeine HSK-Verpflichtung lässt sich hieraus allein nicht ableiten. Der fehlende Nachweis von Jahresüberschüssen in der MFP führt somit nicht automatisch zur HSK-Pflicht. [...]“ (MHKBD über Städtetag NRW, 16. Dezember 2024)

Fazit und Ausblick

- Trendwende im städtischen Haushalt der Bundesstadt Bonn durch Gesamtpaket eingeleitet
- Strukturelle Unterfinanzierung von Bund und Land ist und bleibt die zentrale Herausforderung
- Der verwaltungsweite, wirkungsorientierte Konsolidierungsprozess wird strukturiert fortgeführt



Zeitplan

- Informationen an die Fraktionen/Gruppen
- 21. Januar: Fortsetzung Haushaltsberatungen
- 6. März Finanzausschuss als vorbereitender Ausschuss für den Rat
- 20. März Verabschiedung im Rat
- Erwartete Genehmigung BezReg Mai/Juni 2025



Anhang



Die Ergebnisplanung SAP-Planungsstand 19.12.2024

Ausgangslage Version 6 Stand 18.12.2024					
Kostenart / Bezeichnung	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
* Steuern und ähnliche Abgaben	836.562.442,72-	871.801.354,63-	899.585.368,60-	925.470.152,19-	952.320.086,37-
* Zuwendungen und allgemeine Umlagen	374.538.748,88-	394.279.547,38-	407.484.116,67-	416.884.453,80-	434.168.742,26-
* Sonstige Transfererträge	8.500.675,00-	8.651.501,00-	8.799.656,01-	8.952.319,02-	9.109.539,00-
* Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	245.791.025,36-	249.272.716,91-	255.615.709,82-	258.802.044,44-	262.567.758,75-
* Privatrechtliche Leistungsentgelte	34.076.871,00-	35.635.234,21-	36.093.874,34-	36.584.454,44-	37.091.049,53-
* Kostenerstattungen/-umlagen	138.321.704,87-	141.672.910,91-	144.499.817,61-	147.576.980,43-	152.138.525,18-
* Sonstige ordentliche Erträge	64.109.928,41-	63.616.213,07-	63.751.136,54-	64.776.107,28-	64.615.608,52-
* Aktivierte Eigenleistungen	2.500.000,00-	2.500.000,00-	2.500.000,00-	2.500.000,00-	2.500.000,00-
* Personalaufwendungen	432.941.718,73	449.082.040,54	462.619.040,86	476.421.321,17	490.766.895,61
* Versorgungsaufwendungen	46.263.640,28	48.589.751,31	50.047.443,86	51.548.867,17	53.095.333,18
* Aufwendungen für Sach-/Dienstleistung	289.922.636,87	301.619.165,43	296.889.354,40	295.291.489,66	298.349.851,02
* Bilanzielle Abschreibungen	71.624.411,56	77.274.443,34	80.060.820,52	82.307.869,57	84.763.511,04
* Transferaufwendungen	780.409.242,95	812.235.333,57	846.899.813,21	856.439.365,25	883.565.187,54
* Sonstige ordentliche Aufwendungen	181.904.950,44	193.486.415,68	191.648.348,30	193.931.247,49	197.451.053,15
* Finanzerträge	19.958.026,75-	22.069.334,91-	24.502.472,56-	27.097.289,81-	27.596.832,50-
* Zinsen und sonstige Finanzaufwendunge	69.678.110,27	82.604.222,77	98.269.723,92	113.562.264,45	123.616.641,23
* Interne Verrechnungen					
* Globaler Minderaufwand	35.900.000,00-	37.500.000,00-	38.600.000,00-	39.700.000,00-	39.700.000,00-
** Summe	112.485.288,11	137.892.559,62	145.002.392,92	141.158.623,35	149.800.330,66

Noch nicht in SAP enthaltene Veränderungen Stand 19.12.2024

Konsolidierungsmaßnahmen	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
Änderung Zinsmarktentwicklung	-6.900.000,00	-6.300.000,00	-9.600.000,00	-9.400.000,00	-11.100.000,00
Personalkostenreduzierung	-8.200.000,00	-8.200.000,00	-12.520.000,00	-16.840.000,00	-21.170.000,00
Zinsen auf Konsolidierungssumme	-31.611,00	-838.236,00	-2.481.271,00	-4.748.280,00	-7.146.716,00
Förderprogramm Altbausanierung	-500.000,00	-500.000,00	-500.000,00	-500.000,00	-5.000.000,00
Zwischensumme weitere Konsolidierungen	-15.631.611,00	-15.838.236,00	-25.101.271,00	-31.488.280,00	-44.416.716,00
Ergebnisplanung nach Konsolidierung	96.853.677,11	122.054.323,62	119.901.121,92	109.670.343,35	105.383.614,66

Ausgleichsszenario Stand 19.12.2024

Stand EK zum 31.12.2023 = 1.006.301.735 EUR				1.006.301.735,00	
Stand der Ausgleichsrücklage zum 31.12.2023 = 163,3 Mio. EUR, s. Nebenrechnung unten					
Erwartetes Ergebnis 2024: Fehlbetrag 50 Mio. EUR					
Verbleibende Ausgleichsrücklage zum 31.12.2024 ca. 113,2 Mio. EUR					
Kostenart / Bezeichnung	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028	Plan 2029
Planfehlbeträge Version 6	96.853.677,11	122.054.323,62	119.901.121,92	109.670.343,35	105.383.614,66
Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage	-96.853.677,11	-16.331.480,91			
verbleibende Ausgleichsrücklage	-16.331.480,91	0,00	0,00	0,00	0,00
Entnahme AR für lfd. Jahresfehlbeträge	0,00	50.315.086,75	47.799.332,41	45.409.365,79	0,00
Entnahme Verlustvortrag aus AR				0,00	55.407.755,96
Summe Entn. max. 5 % der AR incl. Verlustvortrag	50.315.086,75	50.315.086,75	47.799.332,41	45.409.365,79	43.138.897,50
Stand Allgemeine Rücklage	1.006.301.735,00	955.986.648,25	908.187.315,84	862.777.950,05	819.639.052,54
Zuführung Verlustvortragskonto		55.407.755,96	72.101.789,51	64.260.977,56	105.383.614,66
Stand Verlustvortragskonto	0,00	55.407.755,96	127.509.545,47	191.770.523,03	241.746.381,73
		Nebenrechnung			
		A-Rücklage	163.185.158,02-		
-		Fehlbetrag 2024	50.000.000,00-		
		A-Rücklage 31.12.	113.185.158,02-		